

22. DEZ.



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24634 - 93  
Fernschreiber 0886890

P/XIV/291 - 22. Dezember 1959

Sir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Dreiste Hochstapeleien Das Produktive im Ministerium Merkatz	69
3 - 4	Stahlstreik, Khruschschow-Besuch und neue Außenpolitik Amerikas Bilanz des Jahres 1959 Von unserem Korrespondenten in den USA	94
5 - 6	Die Kette der großen Schweiger "Pail Hoyde" nimmt immer größere Ausmaße an	94
7	Die Lehre von Dortmund Eine innen- und kommunalpolitische Betrachtung	51

\* \* \*  
\* \*

Dreiste Hochstapeleien

U.D. Seit zehn Jahren gibt es in Bonn ein Ministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder. Seine Existenz verdankt es tatsächlich dem Drang der Deutschen Partei nach einem zweiten Ministersessel, den offiziellen Darlegungen nach aber dem Wunsch der Bundesregierung, die hohe Bedeutung des bundesstaatlichen Aufbaus auch nach aussen sichtbar zu machen. Ein Ministerium für den Föderalismus also.

Im neuen Haushaltsplan-Entwurf für 1960 liest sich das so:

"Das Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder hat die Aufgabe, dem föderativen Charakter des Grundgesetzes in seiner Anwendung Geltung zu verschaffen und die Rechte der Länder zu wahren."

Darauf folgt im Vorwort des Einzelplans eine Aufzählung der Tätigkeiten, deren sich das Ministerium "insbesondere" widmen müsse. Von ihnen sind die beiden letzten, Nr. 4 und 5, besonders interessant:

- "4. die Wünsche der Länder und deren Informationen über ihre eigenen Angelegenheiten für die Bundesregierung entgegenzunehmen und auszuwerten,
5. die widerstreitenden Interessen des Bundes und der Länder rechtzeitig zu erkennen und nach einem Ausgleich zwischen den gegenseitigen Auffassungen zu suchen. Dies gilt insbesondere auf dem Gebiet der Gesetzgebung des Bundes, auf dem es ihm obliegt, die Tätigkeit des Bundesrates mit der Arbeit der übrigen Organe in Einklang zu bringen."

So oder so ähnlich die Aufgaben des Hellwege-Merkatz-Ministeriums zu beschreiben, mochte in den ersten beiden Wahlperioden des Bundestages hingehen. Im Jahre 1959 aber sind Behauptungen, das Ministerium "wahre die Rechte der Länder", "erkenne widerstreitende Interessen rechtzeitig" und "suche nach einem Ausgleich" dreiste Hochstapeleien.

Das Verhältnis Bund-Länder ist im elften Jahr der Bundesrepublik gespannt wie nie zuvor. Seit Monaten geht der Streit um die Zuständigkeit auf dem Gebiet der Rundfunkgesetzgebung, in dem sich der Bundesinnenminister zu dem Ausruf hat hinreissen lassen, es gebe überhaupt

keine Kulturhoheit der Länder. Der Kanzler gar hat die Säge an das bundesstaatliche Gerüst gesetzt mit seiner Behauptung, die Stühle der Ministerpräsidenten gehörten ins Museum.

Der von Ressorts wegen zuständige Minister aber schweigt. Er schweigt ebenso zum Rundfunkstreit wie er vor einem Jahr geschwiegen hat, als sein Kollege Schröder die Länder durch Zusammenlegung der Landtagswahlen gleichschalten wollte. Und zu dem Plan des gleichen Kollegen, durch die Notstandsgesetzgebung den ganzen Bundesrat auszuschalten, schweigt er auch.

Was macht er also, der Bundesminister für den Föderalismus? Jahraus, jahrein hat die SFD im Bundestag behauptet, er mache überhaupt nichts und die 700 000 Mark, die sein Ministerium koste, seien aus dem Fenster geworfen. Dann haben seine Koalitionsfreunde von der CDU sich mannhaft vor das DP-Ministerium gestellt und mit grossen Worten die Lautlosigkeit gepriesen, mit der das Ministerium im Verborgenen für eine reibungslose Arbeit Sorge.

Der Misserfolg dieses Bemühens im Verborgenen ist eklatant. Noch nie war die Lage so ernst - für die Länder. Aber die äusseren Umstände können sein, wie sie wollen, die Bürokratie ficht das nicht an. Sie verwaltet, im Verborgenen sich bemühend, den Föderalismus, dabei ächzend wie eine Kaffeemühle, durch die Sand gemahlen wird. 41 Beschäftigte gibt es in diesem Ministerium, 13 von ihnen leisten nach dem Stellenplan ministerielle Arbeit. Die übrigen zwei Drittel gehen auf in so staatsrechtlicher Tätigkeit wie allgemeine Organisationsfragen des Hauses, Reisekostenberechnung, Besoldungsfragen, Archiv, Wohnungsfürsorge für die Beschäftigten selber, Materialverwaltung, Kraftfahren, Botendienst und Hausreinigen. Parkinsons Gesetz ist bei weitem übertroffen: Dreizehn, die eigentlich eine Aufgabe haben, geben achtundzwanzig weiteren Lohn und Brot. Fürwahr ein Ministerium für Arbeitsbeschaffung.

Aber man tut den 28 Verwaltern Unrecht, wenn man über Kasse, Registratur und Botenmeisterei lästert. Während es mit der Politik des Ministeriums offenbar zu Ende geht, haben Kasse, Materialverwaltung und Hausreinigung vorzüglich geklappt. Sie sind der produktive Sektor im Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder.

## Stahlstreik, Chruschtschow-Besuch und neue Außenpolitik

Von unserem Korrespondenten in den USA

Das Jahr 1959 war für die Amerikaner wohl eines der ereignisreichsten Jahre der Nachkriegsperiode: dicht aufeinander drängten sich Ereignisse und Neuentwicklungen, die allesamt weitreichende Folgen haben dürften (oder bereits gezeigt haben) und die turmhoch über die normalen Geschehnisse auf der politischen Bühne hinausreichen, die man sonst normalerweise für eine Jahresbilanz an der Schwelle des Jahreswechsels zusammenzustellen pflegt. Das Jahr 1959 brachte zunächst eine allgemeine wirtschaftliche Erholung von der vorjährigen "Rezession", die bereits wieder in Vergessenheit geraten ist, bis der lange und bittere Stahlstreik, nach viermonatiger Dauer nur vorübergehend durch einen Gerichtsbeschluss überbrückt, erneut einen schweren Schatten auf die Gesamtwirtschaft warf. Dieser Schatten ist, so vital und energisch sich Amerika auch wieder aus der Stahlkrise zu befreien sucht, zur Zeit noch nicht völlig beseitigt. Besonders interessant ist aber das große ökonomische Problem, da hier zum ersten Male die Methode der freien Tarifvertragsverhandlungen gescheitert ist, daß die beiden Giganten, Stahlindustrie und Stahlgewerkschaft in "toten Rennen" miteinander verkrampft sind, und daß heute allgemein der Ruf nach neuer Gesetzgebung ertönt, durch die obligatorische Schlichtung, bisher in Amerika unbekannt, eingeführt werden könnte.

### Das Jahr der Reisen

Der Stahlstreik, gewiß eine der ernstesten sozialpolitischen Krisen der ganzen Eisenhower-Ära, würde an sich schon ausreichen, um dem abgelaufenen Jahr besondere Bedeutung zu verleihen. Aber er gerät fast in Vergessenheit, wenn man daneben die Fülle von Geschehnissen aufzählt, die die amerikanische Außenpolitik in diesen Jahre in atemberaubender Beschäftigung gehalten haben. Es war ein Jahr von Auslandsreisen, die Weltpolitik machten: beginnend mit Anastas Mikojans Besuch in den Vereinigten Staaten, der noch außerordentlich kühl und gespannt verlief und von russischen Standpunkt als Fehlschlag der Mission genannt werden mußte. Dann kam Eisenhowers Blitzbesuch in Bonn, Paris und London, Herters monatelanger Aufenthalt in Genf zur neunzehntel ergebnislosen - Außenministerkonferenz der "Großen Vier"; es kam Prof. Koslows Reise nach New York, um die sowjetische Landesausstellung in der USA zu eröffnen, und Vizepräsident Nixons Reise nach Moskau umgekehrt zum gleichen Zweck. Und dann kamen die Höhepunkte des Jahres: Chruschtschows Besuch in den Vereinigten Staaten und die große "Mission des guten Willens" des amerikanischen Präsidenten durch drei Erdteile kurz vor Jahresende, die mit der "westlichen Gipfelkonferenz" in Paris ihren Höhepunkt fand.

### Der Weg zum Gipfel nun frei

So sehr Spötter und Kritiker darauf beharrten, daß Herumreisen noch kein Ersatz für eine gute Politik sei - eine Kritik, die sich eigentlich gleichmäßig auf sämtliche antierenden Staatsmänner der Erde beziehen könnte -, so wäre es doch unbedingt falsch, nicht zuzugeben, daß diese hektischen Weltreisen Ausdruck oder Element eines ge-

wichtigen Umwandlungsprozesses in den Vorgängen der internationalen Arena sind. Zweifellos hat sich die weltpolitische Lage gewandelt, zweifellos sieht die Welt zu Beginn des Jahres 1960 anders aus als zu Beginn des Jahres 1959, und zweifellos ist der düstere Schatten, der vor Jahresfrist in Gestalt des sowjetrussischen Ultimatum gegen Berlin auf der Welt lag, durch eine etwas freundlichere und hellere Atmosphäre ersetzt worden. Der Weg zur Gipfelkonferenz ist mehr oder weniger frei, die Außenpolitik aller Großmächte ist elastischer geworden, und die Vereinigten Staaten haben mit der Wiederaufnahme des politischen Gesprächs mit Moskau dabei Pionierdienste geleistet.

Freilich erheben sich da bei dieser Zwischenbilanz des Jahreswechsels eine Menge noch offener Fragen. Geändert hat sich doch wohl nur die Technik der Diplomatie, die Methode; amerikanische Regierungssprecher geben ja immer wieder zu, daß an den Grundlagen ihrer Politik nicht gerüttelt werden dürfe. Aber auch schon eine Auflockerung der diplomatischen Methode ist wichtig genug, sie hat ja bereits dazu geführt, daß die Sowjetunion den Antarktis-Vertrag unterzeichnet hat und in das bisher von ihr boykottierte Weltraum-Komitee der "Vereinigten Nationen" zurückgekehrt ist. Die Abrüstungsdebatte ist neu in Gang geraten, die Versuche mit Atombomben sind weiterhin unterbrochen, und es besteht Aussicht, daß sie es weiterhin bleiben werden. Kurzum, schon die ersten leichten Formen des internationalen "Tauwetters" haben einige konkrete, wenn auch bescheidene, Ergebnisse gebracht.

#### Vielerlei Möglichkeiten

Ob diese Auflockerung und Entspannung im einzelnen großen Fortschritt bringen wird, kann man noch nicht erkennen. Es ließe sich denken, daß, da Chruschtschow sachlich in seinen Berlin-Forderungen keinerlei Einlenken gezeigt hat, es bei der Entspannung der Methode bleiben wird und keine echte Lösung, zum Beispiel für das Problem Berlins, gefunden werden wird.

Es ließe sich denken, daß im Geiste der Entspannung das Problem der deutschen Wiedervereinigung noch weiter in den Hintergrund gedrängt werden wird als bisher, auch das ist keineswegs unmöglich. Es ließe sich aber auch denken, daß zwar die deutschen Fragen ungelöst in der Schwebe bleiben müssen, daß aber auf anderen Gebieten, zum Beispiel dem der Abrüstung, echter Fortschritt erzielt wird.

Und es läßt sich auch denken, daß das Jahr 1960, in Amerika ein Wahljahr und daher von den Wellengängen der Innenpolitik beherrscht, eine massive Rückkehr Amerikas zur Politik Achesons und Dulles' bringen wird; Staatssekretär Herter hat ja mehrfach gewarnt, man dürfe sich nicht von russischen Friedenmelodien "einschläfern" lassen, und wenn die Gipfelkonferenz nächstes Jahr mit einer Enttäuschung endet, kann das amerikanische Stimmungsspendel sehr wohl wieder schnell nach der entgegengesetzten Seite ausschlagen.

Alle diese Dinge bleiben offen; fest steht nur, daß die erstarrten diplomatischen Fronten in Bewegung geraten sind, und diese Bewegung zum Guten wie zum Bösen vielerlei Möglichkeiten für die Zukunft erkennen läßt.

Die Kette der grossen Schweiger

mu - Kiel

Im "Fall Heyde" kann jetzt schon von einer "Kette der grossen Schweiger" gesprochen werden, nachdem der Schleswig-Holsteinische Justizminister nunmehr auch die vorläufige Amtsenthebung des Präsidenten des Vierten Senats beim Landessozialgericht, Michaelis, und des Landessozialgerichtsrats Meinicke-Pusch beantragt hat. Beide sollen ebenfalls gewusst haben, dass der angebliche Dr. Sawade in Wirklichkeit Dr. Heyde war.

Die Ermittlungen gegen den für das Euthanasieprogramm Hitlers mitverantwortlichen SS-Professors Heyde werden jetzt durch die Staatsanwaltschaft in Frankfurt vorgenommen. Dort wird Heyde, der über ein Jahrzehnt unter dem falschen Namen Dr. Sawade in Flensburg als Obergutachter tätig war, voraussichtlich im Frühjahr vor seine Richter gestellt. Aus den inzwischen von den Staatsanwälten zusammengetragenen Dokumenten aus dem Dritten Reich geht hervor, dass Heyde für die Tötung von rund 60 000 Menschen, wovon nur ein Teil unheilbar geisteskrank war, massgebend mitverantwortlich gewesen ist.

Inzwischen ist auch Frau Heyde verhaftet worden. Die Staatsanwaltschaft in München beschuldigt sie des Betruges. Sie soll gewusst haben, dass ihr Mann unter dem falschen Namen Sawade in Flensburg lebte und trotzdem seit 1952 eine Hinterbliebenenpension in Höhe von rund 65 000 DM bis Ende November diesen Jahres bezogen zu haben. Die Staatsanwaltschaft in München ist der Auffassung, dass Frau Heyde schon im Januar 1951, als sie den Antrag auf Hinterbliebenenrente stellte, gewusst hat, dass ihr Mann lebte. Ihr Mann gab sich bekanntlich in Flensburg als Witwer aus und versties damit ebenfalls gegen das Gesetz. Auch hier muss wie im Fall Heyde selbst eine Kette von Unachtsamkeiten der Behörden vorgekommen sein.

Auf Antrag des Kieler Justizministeriums ist inzwischen auch der oberste Sozialrichter in Schleswig-Holstein, Landessozialgerichtspräsident Buresch seiner Ämter enthoeben worden. Er hat gewusst, dass der an seinen Gerichten beschäftigte Obergutachter Sawade in Wirklichkeit der des Euthanasienordes beschuldigte Professor Heyde war. Um das festzustellen, war kein besonderer Spürsinn der Ermittlungsbehörden erforderlich. Der Kieler Universitätsprofessor Creutzfeldt hatte Buresch nämlich schon im Dezember 1954 darauf hingewiesen, und Buresch hatte im Januar 1955 geantwortet, er sei von Amts wegen nicht verpflichtet, der Angelegenheit nachzugehen. Das kam durch einen Leserbrief heraus, den der Sohn von Creutzfeldt in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" veröffentlichte.

Für die Öffentlichkeit ist es jetzt von höchstem Interesse, was in diesem Zusammenhang in Fragen der Mitwisserschaft ermittelt wird. Buresch soll nämlich einige Monate nach Beantwortung des Creutzfeldt-Briefes einen höheren Beamten im Kieler Sozialministerium gesprächsweise auf die Angelegenheit aufmerksam gemacht haben.

So hat er sich jedenfalls im Zusammenhang mit dem gegen ihn angestregten Disziplinarverfahren geäußert. Ein Sprecher des Sozialministeriums in Kiel erklärte indes auf direktes Befragen, in seinem Hause würden weder beamtendisziplinare noch strafrechtliche Ermittlungen durchgeführt, die im Bereich der Begünstigung liegen.

Die Leitung der Landesversicherungsanstalt in Schleswig-Holstein hat gegen den Chefarzt der Sozialmedizinischen Untersuchungsklinik in Flensburg Dr. Delfs und dessen Vertreter Dr. Rischer ein Disziplinarverfahren einleiten lassen. Delfs hat Nebengutachten von Dr. Sawade in seinen Hauptgutachten mitverwendet, obwohl er wusste, dass dieser Mann in Wirklichkeit Heyde war. Er hat es geduldet, dass Heyde sozusagen in amtlicher Funktion in der Klinik tätig war und das Namensschild eines Dr. Sawade führte. Auch Dr. Rischer wusste seit langem um die Identität. Er wohnte in der Privatvilla des seit 1947 steckbrieflich gesuchten Professors Heyde.

Der Generalstaatsanwalt von Schleswig-Holstein, Dr. Voes, hat das Verhalten des Flensburger Oberstaatsanwalts Biermann im Zusammenhang mit der Fahndungsaktion nach Professor Heyde überprüfen lassen. Das Ergebnis liegt noch nicht vor, bewegt sich aber nicht im Bereich der Begünstigung. Biermann bekam am 5. November vom Landeskriminalamt die Mitteilung der Identität, benötigte aber bis zum 7. November, um das festzustellen und liess die Grossfahndung erst am 9. November abends öffentlich bekanntgeben. Dabei befindet sich bei den Staatsanwaltskarten das Fahndungsbuch, in das seit 1947 jeden Monat erneuert eingetragen wurde, Heyde wird wegen Mordes gesucht und ist festzunehmen.

Zwei emeritierte Würzburger Professoren sind in den Bereich der Ermittlungen einbezogen worden. Nach seiner überraschenden Abreise aus Flensburg am 5. November wurden beide von Heyde aufgesucht mit der Bitte, ihm eine Approbationsurkunde auszustellen, die das Landesgesundheitsamt in Kiel kurz vorher gefordert hatte. Die beiden Professoren gaben die Urkunde zwar nicht, aber sie konnten sich auch nicht zur Anzeige auffaffen, obgleich sie um die Tätigkeit des Ordinarius für Psychiatrie an der Würzburger Universitätsklinik während des letzten Krieges gewusst haben sollen.

Schliesslich haben die drei Schleswiger Sonderstaatsanwälte die Ermittlungsakten an die Kieler Ministerien für Soziales, Inneres, Kultus und Justiz verteilen lassen. Es wird festgestellt, ob es hier Mitwisser gegeben hat. Wenn es sie gab, so muss entweder Strafantrag wegen Begünstigung gestellt oder ein beamtenrechtliches Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Darüber ist aber noch nichts mitgeteilt worden. Es dürfte interessant sein zu erfahren, was Ministerialdirektor a.D. Dr. Delbrück vor etwa vier Monaten von Professor Reinwein über die Person Sawade oder möglicherweise über die Identität mit Professor Heyde gesagt bekam. Ferner wird sich noch herausstellen müssen, was Delbrück möglicherweise dem Leiter des Landesgesundheitsamtes Dr. Heigl berichtet hat.

Die dritte Zivilkammer des Frankfurter Landgerichts hat die Berechtigung des Kieler Ministerpräsidenten von Hassel (CDU) anerkannt, in der "Frankfurter Rundschau" in einer Gegendarstellung zu erklären, dass er nicht bereits früher von der Identität Sawade/Heyde gewusst hat. Aber erst am 23. Dezember und später soll vor dem Gericht behandelt werden, ob die Zeitung mit dieser Behauptung Recht hatte. In den Bereich dieser Dinge wird sich auch der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Kieler Landtags begeben, der auf Drängen der Sozialdemokraten eingesetzt wurde und Mitte Januar mit der Arbeit beginnt.

### Die Lehre von Dortmund

Str. Wer wie der Verfasser dieser Zeilen bereits wenige Stunden nach der Dortmunder Explosionskatastrophe an der Stätte des Grauens war, der musste sich fragen, warum im Zeitalter der Raketen und fast nicht mehr fassbaren Mechanismen eine solche Gaskatastrophe noch möglich war. Leuchtgas! Unsere Grosseltern empfanden dieses Produkt der Kohle als eine ungeheuerere Erfindung, wir jedoch haben es längst als eine selbstverständliche Erscheinung der Gleichgültigkeit preisgegeben. Nur, wenn dieses Allerweltshilfsmittel im Haushalt in unser Leben eingreift, grauenhaft eingreift, dann wird es wieder der Beachtung wert befunden.

Schon wissen wir, dass die Gasleitung vor den Dortmunder Todeshäusern undicht war, noch wissen wir nicht, warum dieser Schaden nicht entdeckt und behoben werden konnte. Aber wir können schon jetzt eine Lehre daraus ziehen: Bund, Länder und Gemeinden haben zu prüfen, welche Wege gefunden werden können, um solche Katastrophen in Zukunft so weit wie möglich zu vermeiden. Dazu gehört in erster Linie eine nicht nur sorgfältige, sondern eine geradezu verbissene intensive Überwachung des kommunalen Leitungsnetzes, insbesondere in den Gemeinden, wo der Bombenkrieg wütete oder Verkehrserschütterungen durch schwere Wagen an der Tagesordnung sind. Es ist auch eine Frage geworden, ob die Gasleitungen (Rohre aus Gusseisen) in der Tat eine Lebensdauer von mehreren Jahrzehnten haben, und zwar unter der Erde! Die Konsequenz des Dortmunder Unglücks sollte es sein, die Zuführungsleitungen nach einer gewissen Zeit zu erneuern. Wer soll die (gewiss sehr hohen) Kosten tragen? Es ist kein Geheimnis, dass unsere Gemeinden - mit einigen Ausnahmen - den Pfennig umdrehen müssen. Ihre Haushaltspläne sind oft Dokumente kommunaler Arnehäuser. Hier bleibt ihnen nur der Hilferuf an das Land und den Bund. Aber dieser Hilferuf muss angesichts der frischen Gräber von Dortmund gehört werden. Gelingt es den Gemeinden nicht, eine äusserst sorgfältige Überprüfung des Gasnetzes oder dessen Erneuerung durchzuführen, und zwar aus finanziellen Gründen, dann darf sich das Land nicht verschliessen, diese Mittel bereitzustellen. Gegebenenfalls muss sich das Land wiederum mit dem Bund arrangieren.

Ein weiteres Problem ist die Überprüfung und eventuelle Erneuerung der Gasleitungen in den Wohnungen. Kein Zweifel, für den Hauseigentümer (insbesondere für den eines Altbaus) eine nicht tragbare Belastung (von einigen Ausnahmen abgesehen). Hier ist es eindeutig die Aufgabe des Bundesministers für Wohnungsbau, finanzielle Mittel bereitzustellen, um den Hauseigentümern zu helfen, Leber und Gut der Menschen zu schützen.

Die Katastrophen von Dortmund 1959 und von Frankfurt 1955 wären zu vermeiden gewesen, daran ist nicht zu zweifeln. Es waren keine unabwendbaren Ereignisse. Dortmunds Oberbürgermeister sagte auf dem Friedhof, als er mit fast stockender Stimme die Namen der Toten aufrief, dass man eine Antwort geben müsse und geben werde. Und dann fiel das Wort vom menschlichen Versagen. Noch steht es mit einem Fragezeichen im Raum. Aber die Todesnacht von Dortmund rechtfertigt keine Oberflächlichkeit in der zukünftigen Behandlung des Problems Leuchtgas. Die kleine blaue Flamme ist die Laterne des Todes. Die 26 Särge haben es uns jetzt wieder gezeigt.

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel